

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Euratom-Krise: Ein europäisches Trauerspiel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1969) : Euratom-Krise: Ein europäisches Trauerspiel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133924>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EURATOM-Krise

ein europäisches Trauerspiel

Wenn man bisher von einer technologischen Lücke zwischen Europa und den Vereinigten Staaten gesprochen hatte, so ist es jetzt nach dem Raumflug der Astronauten Borman, Lovell und Anders wohl angezeigt, von einem technologischen Abgrund zu sprechen. Die ungeheure Präzision, mit der dieses Unternehmen durchgeführt wurde, sollte eigentlich alle Kräfte in Europa mobilisieren, um den riesenhaften Vorsprung wieder einigermaßen wettzumachen. An Vorschlägen für eine Verbesserung der europäischen Position hat es gerade in den letzten Jahren und Monaten nicht gefehlt. Wer aber glaubte, daß die zahllosen Appelle zu verstärkter Zusammenarbeit im Rahmen der Sechsergemeinschaft auf fruchtbaren Boden gefallen wären, sieht sich nach den jüngsten Ereignissen um die Europäische Atomgemeinschaft zutiefst enttäuscht (Ereignisse, die übrigens in der Bundesrepublik kaum ein Echo gefunden haben!).

Die Väter des Euratom-Vertrages handelten „in der Überzeugung, daß nur ein gemeinsames Vorgehen . . . Aussicht bietet, die Leistungen zu verwirklichen, die der schöpferischen Kraft ihrer Länder entsprechen“. Ihre wichtigste Aufgabe zur Entfaltung dieser Kräfte sahen sie darin, die „Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen, welche die Energieerzeugung erweitert, die Technik modernisiert und auf zahlreichen anderen Gebieten zum Wohlstand der Völker beiträgt“ (Präambel des Euratom-Vertrages). Diese Ausrichtung sollte sich aber schon bald als verhängnisvoller Schritt erweisen. Denn die Euratom-Initiatoren übersahen, daß das Energieproblem nicht etwa in einem Mangel an Energie bestand, sondern viel eher in einem Überschuß. Als fast gleichzeitig mit dem forcierten Aufbau der Kernkraftwerke die europäische Kohlenkrise ausbrach, die wesentlich zur Zersetzung der Montanunion beitrug, hatten die europäischen Technokraten nicht genügend Flexibilität, um ihr Arbeitsgebiet zu verlegen. Dazu mag auch die Ablösung des agilen Präsidenten Etienne Hirsch durch den farblosen Pierre Chatenet erheblich beigetragen haben.

Die wenig glückliche Wahl des Forschungsobjektes und der damit geringe Popularitätsgewinn mußten zwangsläufig zu Schwierigkeiten in der Finanzierung der Gemeinschaft führen. Die angesichts der vorgesehenen Projekte bescheidene Erhöhung der Mittel im zweiten Fünfjahresplan wurde zwar mit dem Hinweis auf verstärkte Schwerpunktforschung verbrämt. Aber das konnte kaum noch darüber hinwegtäuschen, daß sich die beteiligten Länder schon nicht mehr auf ein umfangreiches echtes Programm einigen konnten. Wenn die EWG-Kommission in ihrem Weißbuch vom Oktober 1968 feststellte, daß es zu „einer verhängnisvollen Wiedergeburt des nationalen Egoismus“ gekommen sei, so gilt das für die Atomgemeinschaft schon mindestens seit Ende 1962. Schneller als in anderen Bereichen wurde hier mit dem Veto gedroht, und die Taktik des Junktims wurde zur gängigen Verhandlungsstrategie. Jedes Land wollte für jeden Centime, den man zur Finanzierung beitrug, eine „gerechte“ Gegenleistung. Die gemeinschaftlichen For-

schungsprogramme wurden immer mehr nur als Zugabe der europäischen Einigungspolitik betrachtet, die man sich auf möglichst billige Art und Weise zu sichern suchte.

So ist es bisher trotz aller Bemühungen nicht zu einem dritten Fünfjahresplan gekommen. Bis Ende Dezember 1968 bestand nicht einmal Klarheit über die Finanzierung der kommenden zwölf Monate und damit über das Schicksal der ca. 2700 Euratom-Bediensteten. Frankreich, das in dieser Gemeinschaft ohnehin mehr zu geben als zu nehmen hatte, ließ keinen Zweifel daran, daß es angesichts seiner angespannten Haushaltslage der nationalen Atomforschung den Vorrang einräumte und daher an Euratom nicht mehr interessiert sei.

Die Taktik, die Gemeinschaft leerlaufen zu lassen, trieb die Europaparlamentarier auf die Barrikaden. Durch ihre Sitzung am 13. Dezember in Luxemburg und eine anschließende Demonstration in Brüssel, an der etwa 2000 EWG- und Euratom-Angestellte beteiligt waren, versuchten sie verzweifelt, das europäische Gewissen der einzelnen Regierungen wachzurütteln. Doch das Ausmalen der Gefahren des technologischen Rückstandes fruchtete ebensowenig wie die Hinweise auf die Vertragswidrigkeit eines Ausscherens aus dem Gemeinschaftsprogramm.

In der Rückschau wird man den Regierungen der übrigen Länder – bei aller Hochachtung vor den technischen und politischen Schwierigkeiten der Verhandlungen im europäischen Rahmen – den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie trotz Kenntnis der französischen Haltung zu lange abwarteten und auf jedes Druckmittel verzichteten. Trotz warnender Stimmen aus der Wirtschaft und der Ansicht der Bundesregierung, daß „das wissenschaftliche Potential der gemeinsamen Kernforschungsstelle gefährdet, ein wichtiger Impuls auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen europäischen Atomindustrie bedroht und die Möglichkeiten der europäischen Zusammenarbeit in Forschung und Technik beeinträchtigt“ würden, lag den Forschungsministern der sechs Staaten, als sie am 20. Dezember zur „Rettung von Euratom“ zusammentraten, nur der Entwurf eines äußerst stark beschnittenen Budgets für 1969 vor. In ihm war vorgesehen, daß 37 % des Haushalts weiterhin gemeinschaftlich finanziert werden. Der Rest sollte von den interessierten Staaten entsprechend ihrem jeweiligen Anteil als „Ergänzungsaufgabe“ finanziert werden. Zwar gelang es, dank der Bemühungen des deutschen Ministers Stoltenberg, den Gemeinschaftsanteil in den Verhandlungen auf 50 % anzuheben. Aber ein Grund zum Triumphieren besteht deshalb nicht.

Trotz aller anderslautenden Zusicherungen gelang es auf diese Weise nicht einmal, die Beschäftigung aller Euratom-Angestellten zu sichern. Die Entlassung von mehr als 400 Fachleuten ist bereits angekündigt; und angesichts der weiter bestehenden Unsicherheit über das endgültige Schicksal der Gemeinschaft, die vor allem in der vorläufigen Sperrung von 50 % der Haushaltsmittel bis zum Juli 1969 zum Ausdruck kommt, dürften sich gerade die fähigsten Wissenschaftler schnell nach sichereren beruflichen Möglichkeiten umsehen und von allein abwandern. Mit der hastigen Verabschiedung des Nothaushalts für 1969 wurde der Schein einer echten Gemeinschaft nur noch nach außen hin aufrechterhalten. Tatsächlich besteht sie nicht mehr. Frankreich ist seit dem 1. Januar dieses Jahres nur noch halbes Mitglied. Ein Schritt – der allen starr Europagläubigen deutlich macht, daß es auf dem „Weg ohne Umkehr“ zum gemeinsamen Europa offensichtlich doch noch Abzweigmöglichkeiten gibt. In der Atomgemeinschaft jedenfalls triumphiert jetzt engstirniges nationalstaatliches Denken über die gesamteuropäische Vernunft.

Einige Optimisten hoffen zwar noch, daß Frankreich wieder auf die europäische Linie einschwenkt, wenn im Juli ein Euratom-Programm vorgelegt wird, das sich auf die gesamte technologische Zusammenarbeit erstreckt. Aber warum mußten für diese notwendige Aufgabenausweitung mehr als zwölf Jahre ungenutzt verstreichen? Besteht jetzt nicht schon die Gefahr, daß die Europamüdigkeit noch weiter um sich greift?

Dietrich Keschull